Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**Anerkennung der Qualifikation von im Ausland aus- und weitergebildeten Ärzt:innen**

Über verschiedene rechtliche Grundlagen auf europäischer Ebene wird die Anerkennung von Berufen zwischen den Ländern der Europäischen Union, aber auch dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz geregelt. So gewährleistet beispielsweise die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie (Richtlinie 2005/36/EG) die Freizügigkeit von Arbeitnehmer:innen sowie die Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union (EU). Ihr zufolge hat jeder Staat das Recht, den Zugang und die Ausübung eines Berufs von bestimmten Qualifikationen abhängig zu machen. Gleichzeitig sollen Angehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz ihren erlernten Beruf auch in einem anderen Mitgliedstaat ausüben können. Die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie gibt Vorschriften für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen für reglementierte Berufe. Wichtige Elemente dabei sind die automatische Anerkennung und der 2013 eingeführte Europäische Berufsausweis. Auf dieser Grundlage können medizinischen Ausbildungen von Ärzt:innen, die an Hochschulen in der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum beziehungsweise der Schweiz ausgebildet wurden und fachärztliche Weiterbildungen in diesen Ländern absolviert haben, in Deutschland und im Land Bremen nach einer Prüfung entsprechender Unterlagen die Anerkennung finden.

Näheres zur Anerkennung beziehungsweise der Prüfung auf Anerkennung von ausländischen Qualifikationen ist für Bremen vor allem im Heilberufsgesetz (HeilBerG) geregelt. In diesem Gesetz befinden sich auch Regelungen für Ärzt:innen mit Drittstaatenqualifikationen (basierend auf dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz [BQFG] und der besagten Richtlinie). Antragsteller:innen können sich demzufolge direkt an die zuständige Behörde wenden, die prüft, ob wesentliche Unterschiede zwischen der im Drittstaat erworbenen Qualifikation und der deutschen Aus- beziehungsweise Weiterbildung bestehen. Dabei wird die Gleichwertigkeit der medizinischen Grundausbildung sowie der fachärztlichen Qualifikation geprüft beziehungsweise diese ist nachzuweisen. Ferner müssen Ärzt:innen über entsprechende Deutschkenntnisse verfügen beziehungsweise diese nachweisen.

Für Ärzt:innen mit ausländischen Qualifikationen in Bremen (zum Beispiel wegen freiwilliger Migration oder Flucht) und im Ausland ist es wichtig, zu erfahren, ob ihre Grundausbildung und fachärztliche Weiterbildung in Bremen anerkannt werden, sodass sie die Möglichkeit haben, über den Arbeitsmarkt Integration zu erfahren. Das Heilberufsgesetz lässt dabei jedoch offen, unter welchen Voraussetzungen Anträge auf Anerkennung entgegengenommen und rechtsverbindlich entschieden werden müssen.

Daher fragen wir den Senat:

1. Welches Verfahren wird bei der Anerkennung einer im Ausland erworbenen ärztlichen Grundausbildung angewandt?

- a) Welches Verfahren wird bei Ärzt:innen mit Qualifikationen aus der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz angewandt? Auf welcher rechtlichen Grundlage geschieht dies? Ist eine Antragstellung aus dem Ausland möglich? Setzt die Anerkennung eine Mitgliedschaft bei einer deutschen berufsständischen Körperschaft des öffentlichen Rechts voraus? Setzt die Anerkennung eine Interessensbekundung an einer Tätigkeit in Bremen voraus, die über die reine Willensbekundung einer Ärztin/eines Arztes hinausgeht, in Bremen tätig werden zu wollen (zum Beispiel Nachweis einer Stellenzusage, eines Vorstellungs-/Beratungsgesprächs)?
 - b) Welches Verfahren wird bei Ärzt:innen mit Drittstaatenqualifikation angewandt? Auf welcher rechtlichen Grundlage geschieht dies? Ist eine Antragstellung aus dem Ausland möglich? Setzt die Anerkennung eine Mitgliedschaft bei einer deutschen berufsständischen Körperschaft des öffentlichen Rechts voraus? Setzt die Anerkennung eine Interessensbekundung an einer Tätigkeit in Bremen voraus, die über die reine Willensbekundung einer Ärztin/eines Arztes hinausgeht, in Bremen ärztlich tätig werden zu wollen (zum Beispiel Nachweis einer Stellenzusage, eines Vorstellungs-/Beratungsgesprächs)?
2. Welches Verfahren wird bei der Anerkennung einer im Ausland erworbenen Facharztqualifikation angewandt?
- a) Welches Verfahren wird bei Ärzt:innen mit Qualifikationen aus der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz angewandt? Auf welcher rechtlichen Grundlage geschieht dies? Ist eine Antragstellung aus dem Ausland möglich? Welche Bedingungen müssen für einen positiven und rechtsverbindlichen Bescheid erfüllt sein und wie können Antragsteller:innen die Nachweiserfordernisse erfüllen? Setzt die Anerkennung eine Mitgliedschaft bei einer deutschen berufsständischen Körperschaft des öffentlichen Rechts voraus? Setzt die Anerkennung eine Interessensbekundung an einer Tätigkeit in Bremen voraus, die über die reine Willensbekundung einer Ärztin/eines Arztes hinausgeht, in Bremen tätig werden zu wollen (zum Beispiel Nachweis einer Stellenzusage, eines Vorstellungs-/Beratungsgesprächs)?
 - b) Welches Verfahren wird bei Ärzt:innen mit Qualifikationen aus Drittstaaten angewandt? Auf welcher rechtlichen Grundlage geschieht dies? Ist eine Antragstellung aus dem Ausland möglich? Welche Bedingungen müssen für einen positiven Bescheid erfüllt sein, und wie können Antragsteller:innen die Nachweiserfordernisse erfüllen? Setzt die Anerkennung eine Mitgliedschaft bei einer deutschen berufsständischen Körperschaft des öffentlichen Rechts voraus? Setzt die Anerkennung eine Interessensbekundung an einer Tätigkeit in Bremen voraus, die über die reine Willensbekundung einer Ärztin/eines Arztes hinausgeht, in Bremen tätig werden zu wollen (zum Beispiel Nachweis einer Stellenzusage, eines Vorstellungs-/Beratungsgesprächs)?
3. Wie haben sich die Zahlen der Anträge von Ärzt:innen mit Qualifikationen aus der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz entwickelt? Bitte untenstehende Fragen separat für die Grundausbildung und die fachärztliche Qualifikation ausführen.
- a) Wie viele Ärzt:innen mit Qualifikationen aus der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz haben in den letzten fünf Jahren einen Antrag auf Anerkennung der ärztlichen Grundausbildung und wie viele auf Anerkennung der fachärztlichen Weiterbildung gestellt?
 - b) Wie viele wurden positiv und wie viele negativ beschieden?
 - c) Was waren die Gründe für die negativen Bescheide?

- d) Wie viele Fachsprachprüfungen wurden durchgeführt? Wie viele davon wurden bestanden beziehungsweise nicht bestanden?
 - e) Wie viele Eignungsprüfungen wurden in den letzten fünf Jahren absolviert? Wie viele wurden davon bestanden und wie viele nicht bestanden?
4. Wie haben sich die Zahlen der Anträge von Ärzt:innen mit Drittstaatenqualifikation entwickelt? Bitte untenstehende Fragen separat für die Grundausbildung und die fachärztliche Qualifikation ausführen.
- a) Wie viele Ärzt:innen mit Drittstaatenqualifikation haben in den letzten fünf Jahren einen Antrag auf Anerkennung der ärztlichen Grundausbildung und wie viele auf Anerkennung der fachärztlichen Weiterbildung gestellt? In welchen Staaten wurden die Ärzt:innen aus beziehungsweise weitergebildet (bitte nach den obersten zehn Nationalitäten aufschlüsseln, inklusive Absolutzahlen der Anträge)?
 - b) Wie viele wurden positiv und wie viele negativ beschieden?
 - c) Was waren die Gründe für die negativen Bescheide?
 - d) Wie viele Fachsprachprüfungen wurden durchgeführt? Wie viele davon wurden bestanden beziehungsweise nicht bestanden?
 - e) Wie viele Kenntnisprüfungen/Facharztprüfungen wurden in den letzten fünf Jahren absolviert? Wie viele wurden davon bestanden und wie viele nicht bestanden?
5. Soweit Zahlen vorhanden sind: Wie viele Anträge auf Anerkennung einer ukrainischen Grundausbildung und einer in der Ukraine erworbenen fachärztlichen Qualifikation wurden in diesem Jahr von Ärzt:innen gestellt? Wurden in diesen Fällen bereits Prüfungen auf Anerkennung mit Erteilung eines Bescheides abgeschlossen?

Jasmina Heritani, Ute Reimers-Bruns, Mustafa
Güngör und Fraktion der SPD